

Haushaltsrede des Bürgermeisters zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute verabschieden wir die Haushaltssatzung für das Jahr 2026. Mit ihrer Beschlussfassung gewinnen wir nach einem langen Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung wieder die notwendige Handlungsfähigkeit für unsere Stadt zurück. Das ist ein wichtiger Schritt – auch wenn dieser Haushalt von erheblichen finanziellen Herausforderungen geprägt ist.

Hinter uns liegen intensive Wochen und Monate der Beratung. Gemeinsam mit der Kämmerei, dem stellvertretenden Kämmerer, den Fachbereichen und den Fraktionen haben wir den Haushaltsentwurf analysiert, hinterfragt und an vielen Stellen nach tragfähigen Lösungen gesucht.

Mein ausdrücklicher Dank gilt dem stellvertretenden Kämmerer, der nach dem Wechsel in der Leitung der Kämmerei kurzfristig Verantwortung übernommen und unter schwierigen Rahmenbedingungen eine verlässliche Grundlage für unsere Beratungen geschaffen hat. Ebenso danke ich allen Fraktionen für die sachlichen und konstruktiven Gespräche.

Meine Damen und Herren,

Der Haushalt 2026 stellt uns vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Er verpflichtet uns dazu, klare Prioritäten zu setzen und mit den uns anvertrauten Mitteln umsichtig und verantwortungsbewusst umzugehen.

Als Bürgermeister hätte ich Ihnen lieber einen Haushalt vorgestellt, der uns wieder mehr Freiräume für die Entwicklung unserer Stadt eröffnet und weniger von äußeren Zwängen geprägt ist. Die Realität zwingt uns jedoch dazu, das Notwendige über das Wünschenswerte zu stellen und Entscheidungen zu treffen, die nicht immer leichtfallen, aber für die Zukunft unserer Stadt erforderlich sind.

Diese Realität betrifft längst nicht mehr nur Wegberg. Nahezu alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor denselben Herausforderungen.

Trotz steigender Steuererträge, höherer Schlüsselzuweisungen und eigener Konsolidierungsbemühungen weist der Haushalt weiterhin einen Fehlbetrag von rund 8,8 Millionen Euro aus. Die Ursachen hierfür liegen nur zum Teil in unserem unmittelbaren Einflussbereich.

Insbesondere die steigenden Umlagebelastungen durch den Kreis, die weiter anwachsenden Kosten der Jugendhilfe, die Zinsentwicklung sowie die allgemeinen Preissteigerungen belasten den städtischen Haushalt in einem Ausmaß, das kommunal kaum noch steuerbar ist.

Zu diesen Belastungen kommt eine Entwicklung hinzu, die uns während der laufenden Haushaltsberatungen noch einmal deutlich vor Augen geführt hat, wie schnell sich

selbst sorgfältig erarbeitete Planungen verändern können. Die zunächst in Aussicht gestellten Fördermittel für die energetische Sanierung der Erich-Kästner-Schule werden nicht in der erwarteten Form zur Verfügung stehen. Damit ist innerhalb weniger Wochen eine wesentliche Grundlage für ein Vorhaben entfallen, das hinsichtlich seines Umfangs und seiner Bedeutung neue Maßstäbe für unsere Mühlenstadt gesetzt hätte.

Dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie schwierig verlässliche kommunale Haushaltsplanung inzwischen geworden ist. Städte und Gemeinden entwickeln Projekte über Jahre, setzen Prioritäten und richten ihre Investitionsentscheidungen an Förderprogrammen von Bund und Land aus. Ändern sich diese Rahmenbedingungen kurzfristig oder bleiben Förderzusagen aus, müssen Planungen neu bewertet, Prioritäten angepasst und Finanzierungskonzepte überarbeitet werden.

Die notwendigen Maßnahmen werden dadurch nicht überflüssig. Im Gegenteil: Die energetische Sanierung unserer Grundschule bleibt sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus klimapolitischen Gründen unverzichtbar. Sie muss nun zeitlich neu eingeordnet oder mit deutlich höheren Eigenmitteln finanziert werden.

Damit wird ein grundsätzliches Problem deutlich: Die Erwartungen an die Kommunen wachsen kontinuierlich. Klimaschutz, Energieeffizienz und eine moderne öffentliche Infrastruktur sind gemeinsame gesellschaftliche Ziele, zu denen wir uns ausdrücklich bekennen und zu deren Umsetzung wir bereit sind. Damit diese Ziele vor Ort jedoch tatsächlich verwirklicht werden können, brauchen Städte und Gemeinden verlässliche Förderkulissen und echte Planungssicherheit. Politische Zielsetzungen und finanzielle Unterstützung müssen dauerhaft Hand in Hand gehen.

Dennoch dürfen wir uns davon nicht entmutigen lassen. Gerade in einer solchen Situation kommt es darauf an, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Der vorliegende Haushalt sichert die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Er ermöglicht weiterhin Investitionen in unsere Schulen, in die Offene Ganztagsbetreuung, in unsere Infrastruktur und in die Entwicklung unserer Stadt. Gleichzeitig macht er deutlich, dass wir Prioritäten setzen müssen und nicht jede wünschenswerte Maßnahme sofort umgesetzt werden kann.

Dennoch zeigt sich bereits heute, dass sich in unserer Stadt etwas bewegt. Schritt für Schritt setzen wir die Projekte um, die wir uns vorgenommen haben. Wichtige Straßenbaumaßnahmen konnten erfolgreich abgeschlossen werden und auch an vielen anderen Stellen wird sichtbar, dass Wegberg sich weiterentwickelt. Nicht alles kann gleichzeitig umgesetzt werden. Deshalb orientieren sich unsere Entscheidungen konsequent an einer klaren Prioritätensetzung und an dem, was für die Entwicklung unserer Stadt notwendig und finanzierbar ist.

Dabei verstehen wir kommunale Handlungsfähigkeit nicht allein als die Umsetzung von Bauprojekten oder Investitionen. Sie bedeutet ebenso, transparent zu informieren, zuzuhören und die Bürgerinnen und Bürger auf unserem Weg mitzunehmen. Deshalb haben wir unsere Kommunikation in den vergangenen Jahren bewusst weiterentwickelt. Über unsere sozialen Medien informieren wir regelmäßig über Projekte, Entscheidungen und Entwicklungen und schaffen Transparenz über die Arbeit von Rat und Verwaltung. Die zahlreichen Rückmeldungen zeigen, dass dieses

Angebot angenommen wird und sich viele Bürgerinnen und Bürger gut informiert und mitgenommen fühlen. Ergänzt wird dies durch regelmäßige Bürgermeistersprechstunden, die den persönlichen Austausch ermöglichen und den direkten Dialog stärken.

Ein weiterer Schritt war in diesem Jahr die erstmalige Durchführung eines Frühlingsempfangs. Ganz bewusst haben wir den bisherigen Neujahrsempfang durch dieses neue Format ersetzt. Der Frühling steht für Aufbruch, Wachstum und neue Perspektiven – genau dafür soll auch unsere Mühlenstadt stehen. Der Frühlingsempfang bringt Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Vereinen, Ehrenamt und unseren Nachbarkommunen zusammen und bietet Raum für Begegnungen, neue Ideen und gemeinsame Impulse für die Zukunft Wegbergs.

Gerade in finanziell herausfordernden Zeiten wird häufig zuerst über freiwillige Leistungen diskutiert. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Eine Stadt lebt nicht allein von Straßen, Gebäuden und Haushaltszahlen. Sie lebt vor allem von den Menschen, die hier wohnen, arbeiten, sich ehrenamtlich engagieren und Verantwortung für ihre Heimat übernehmen. Veranstaltungen, Begegnungsformate und ein aktives gesellschaftliches Leben stärken den Zusammenhalt, fördern die Aufenthaltsqualität und schaffen Identifikation mit unserer Stadt. Sie stärken das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Rat und Verwaltung und tragen dazu bei, dass Wegberg eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt bleibt.

All dies zeigt: Auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen gestalten wir unsere Stadt weiter – verantwortungsvoll, Schritt für Schritt und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Verantwortung bedeutet jedoch auch, unbequeme Entscheidungen nicht aufzuschieben, sondern sie dann zu treffen, wenn sie für die Zukunft unserer Stadt notwendig sind. Genau vor einer solchen Entscheidung standen Rat und Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Gerade weil wir unsere Stadt weiterentwickeln wollen, müssen wir auch die finanziellen Voraussetzungen dafür sichern. Und genau an dieser Stelle mussten wir im Rahmen der Haushaltsberatungen eine besonders schwierige Entscheidung treffen.

Die Anpassung der Grundsteuer B war dabei eine der schwierigsten Entscheidungen dieses Haushalts. Niemand erhöht Steuern gerne. Wir wissen, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern damit zusätzliche Belastungen zumuten. Rat und Verwaltung haben sich diesen Schritt deshalb nach intensiver Abwägung nicht leicht gemacht. Er war jedoch notwendig, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt auch in den kommenden Jahren zu sichern.

Dabei dürfen wir nicht verschweigen, dass die strukturellen Probleme kommunaler Haushalte durch Steuererhöhungen allein nicht gelöst werden können. Die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden muss insgesamt auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden. Wer den Kommunen immer neue Aufgaben überträgt, muss sie auch dauerhaft angemessen finanzieren.

Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushalt ist das Ergebnis intensiver Beratungen und sorgfältiger Abwägungen. Er verbindet das Notwendige mit dem derzeit Machbaren und ist damit vor allem ein Haushalt des Augenmaßes.

Mit dem heutigen Beschluss endet unsere Arbeit jedoch nicht – sie beginnt vielmehr in einer neuen Phase. Für das Haushaltsjahr 2026 wird es darauf ankommen, den Haushalt mit größter Sorgfalt zu bewirtschaften. Auch während des laufenden Jahres müssen wir jede Maßnahme kritisch hinterfragen und konsequent prüfen, welche Investitionen und Aufwendungen zwingend erforderlich sind und welche gegebenenfalls verschoben werden können. Haushaltsdisziplin endet nicht mit dem Ratsbeschluss.

Der Blick richtet sich deshalb schon heute auf die Aufstellung des Haushalts 2027. Der Haushalt 2026 ist ein erster Schritt auf einem Weg, den wir konsequent weitergehen müssen. Er macht deutlich, dass wir künftig noch genauer hinschauen und bisherige Standards auf den Prüfstand stellen müssen. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird dauerhaft finanzierbar sein. Nicht alles, was wir heute als selbstverständlich ansehen, wird dauerhaft finanzierbar sein. Deshalb werden wir Prozesse, Investitionen und Aufgaben noch konsequenter auf ihre Wirtschaftlichkeit, ihre Notwendigkeit und ihre langfristige Tragfähigkeit überprüfen müssen. Nur wenn wir den Mut haben, Prioritäten neu zu setzen und unseren Blick konsequent auf das dauerhaft Machbare zu richten, werden wir die finanzielle Stabilität unserer Stadt langfristig sichern können.

Dabei rückt insbesondere unsere Liquidität zunehmend in den Mittelpunkt. Während wir bis zum Jahresabschluss 2024 unsere Liquiditätskredite noch vollständig zurückführen konnten, ist dies heute nicht mehr möglich. Der laufende Haushalt erwirtschaftet nicht mehr ausreichende Einzahlungen, um die laufenden Auszahlungen aus eigener Kraft zu finanzieren.

Unser Ziel muss es deshalb sein, die finanzielle Stabilität unserer Stadt Schritt für Schritt zurückzugewinnen. Dies wird nur gelingen, wenn Rat und Verwaltung den eingeschlagenen Weg der Priorisierung, der wirtschaftlichen Vernunft und einer nachhaltigen Haushaltsführung gemeinsam fortsetzen.

Was mich dabei zuversichtlich stimmt, sind die vielen Begegnungen mit den Menschen in unserer Stadt. Ob in den Bürgermeistersprechstunden, bei Veranstaltungen, in unseren Ortsteilen oder im täglichen Austausch – immer wieder erlebe ich, wie groß das Interesse an der Entwicklung Wegbergs ist. Die Bürgerinnen und Bürger bringen Ideen ein, stellen berechnete Fragen und begleiten unsere Entscheidungen kritisch, aber konstruktiv. Dieses Vertrauen und dieser offene Dialog sind für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich. Sie zeigen, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam bewältigen können.

Gerade deshalb danke ich allen Ratsmitgliedern für die intensive und konstruktive Beratung, für die unterschiedlichen Perspektiven und für die Bereitschaft, auch schwierige Entscheidungen gemeinsam zu tragen. Mein Dank gilt ebenso der Kämmerin, ihrem Stellvertreter, den Fachbereichsleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre hohe fachliche Kompetenz, ihr außerordentliches Engagement und die Bereitschaft, auch unter erheblichem Zeitdruck tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Lassen Sie uns den heutigen Beschluss als gemeinsamen Auftrag verstehen, die finanzielle Zukunft unserer Stadt mit Augenmaß, Weitsicht und Zusammenhalt zu gestalten. Dann bin ich überzeugt, dass Wegberg auch künftig eine lebenswerte, leistungsfähige und zukunftsorientierte Mühlenstadt bleibt – eine Stadt, in der sich die Menschen gut aufgehoben fühlen.

Vielen Dank.

Haushaltsrede 2026 der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pape,
sehr geehrte Frau Stadtkämmerin Wever,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der CDU-Fraktion begrüße ich Sie herzlich zur heutigen Ratssitzung, in der wir über den Haushaltsplan für das Jahr 2026 abstimmen.

Zunächst möchte ich Frau Wever, Herrn Giesche und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzwirtschaft meinen herzlichen Dank aussprechen. Sie haben sich in den vergangenen Monaten mit großem Einsatz und persönlichem Engagement in ein komplexes und anspruchsvolles Themenfeld eingearbeitet und den vorliegenden Haushaltsentwurf erarbeitet.

Unser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die tagtäglich dafür sorgen, dass unsere Stadt reibungslos funktioniert und sich kontinuierlich weiterentwickelt.

An dieser Stelle möchten wir uns auch bei Frau Erste Beigeordnete Karneth bedanken, die nach vielen Jahren im Dienst unserer Stadt in den nächsten Wochen in den Ruhestand tritt. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren nicht immer einer Meinung waren und durchaus intensive Diskussionen geführt haben, verbindet uns das gemeinsame Ziel, das Beste für unsere Stadt zu erreichen. Für ihren langjährigen Einsatz für die Stadt Wegberg danken wir ihr und wünschen ihr für den bevorstehenden Ruhestand alles Gute, insbesondere Gesundheit und viele erfüllende Momente.

Meine Damen und Herren,

die heutigen Zahlen stellen unsere Stadt vor eine große Herausforderung. Sie spiegeln die finanzielle Notlage vieler Kommunen in Deutschland wider.

Die Belastungen durch Kreisumlage, Jugendamtsumlage und steigende Pflichtaufgaben nehmen stetig zu. Bund und Land übertragen neue Aufgaben, ohne für eine dauerhafte Finanzierung zu sorgen.

Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, bezahlt – wird aus unserer Sicht seit Jahren nicht ausreichend eingehalten. Die kürzlich vereinbarten Regelungen zwischen Bund und Land sind zwar ein Ansatz für zukünftige Aufgaben und Kostenübernahmen, regeln aber nicht die ohnehin schon hohen Belastungen der Vergangenheit.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur Wegberg, sondern nahezu alle Kommunen.

Wir sollten jedoch aufpassen, daraus keine Ausrede zu machen. Selbstmitleid löst keine Probleme.

Die schwierigen Rahmenbedingungen erklären vieles, entschuldigen aber nicht die strukturellen Probleme in unseren Haushaltsplanungen.

Diese Probleme müssen wir endlich konsequent angehen.

Auch in diesem Jahr beraten wir einen Haushalt, der in vielen Bereichen keine zutreffende Planung darstellt.

Diese Kritik richtet sich ausdrücklich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen Strukturen und Prozesse, die seit Jahren nicht in dem Maße funktionieren, wie sie funktionieren müssen.

Lieber Herr Bürgermeister Pape, Sie haben bereits mit Ihrem Elan und Ihren lösungsorientierten Ansätzen viele Probleme angepackt und auch schon Änderungen herbeigeführt. Die Aufgaben sind weiterhin groß und haben die Erwartungshaltung, dass Sie diesen Weg konsequent mit uns gemeinsam fortsetzen und die Strukturen an eine moderne und zukunftsorientierte Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wegberg vorantreiben.

Unsere Fraktion fordert seit vielen Jahren eine belastbare, nachvollziehbare und realistische Haushaltsplanung. Und wir erwarten, dass wir diese ab dem Haushalt 2027 endlich erhalten.

Besonders kritisch sehen wir weiterhin die Investitionsplanung. Wir planen seit Jahren Investitionen in einer Größenordnung, die tatsächlich nicht umgesetzt werden kann. Die Folge sind immer höhere Ermächtigungsübertragungen und eine Investitionsplanung, die in der Politik ihre Glaubwürdigkeit verloren hat. Investitionen, die Jahr für Jahr in den Haushalt geschrieben, aber nicht umgesetzt werden, schaffen keine Entwicklung. Sie verhindern, dass wir zielgerichtet planen und entwickeln können. Sie nehmen uns teilweise den letzten noch verbliebenen Handlungsspielraum.

Wir erwarten daher, dass die Investitionsplanung mit dem Haushalt 2027 endlich auf ein realistisches und umsetzbares Maß zurückgeführt wird. Investitionen sollten nur dann aufgenommen werden, wenn sie, wie bereits vom Rat beschlossen, den Anforderungen gemäß §13 KommHVO entsprechen und somit hinreichend belastbar für eine Umsetzung vorbereitet wurden.

Lieber zehn Projekte, die wir tatsächlich umsetzen, als dreißig Projekte, die nur auf dem Papier existieren und zusätzlich den Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen.

Eine klare Priorisierung bleibt unerlässlich: Zwingend notwendige Maßnahmen zur Sicherung der notwendigen Infrastruktur und zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben haben Vorrang. Danach folgen Vorhaben, die einen erkennbaren Mehrwert für unsere Stadt haben. Alles Weitere sollte der weiteren Entwicklung vorbehalten bleiben.

Meine Damen und Herren,

Transparenz und Ehrlichkeit sind dabei entscheidende Faktoren. Politik und Verwaltung sitzen nicht auf unterschiedlichen Seiten des Tisches, sondern in einem Boot. Dieses Boot kann nur dann sicher gesteuert werden, wenn Zahlen, Risiken und Probleme offen, nachvollziehbar und frühzeitig kommuniziert werden.

Wir laden die Verwaltung ausdrücklich zu einem offenen Austausch und zu einer ehrlichen, transparenten und nachvollziehbaren Darstellung ein. Nur gemeinsam werden wir die anstehenden Herausforderungen bewältigen.

Ein weiterer kritischer Punkt ist der Stellenplan.

Die CDU-Fraktion betont die Notwendigkeit regelmäßiger Informationen bei Veränderungen im Stellenplan. Neue Stellen müssen nachvollziehbar begründet und Teil einer langfristigen Personalstrategie sein, an der wir arbeiten müssen. Jede Aufgabenstellung sollte an die heutigen Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst werden.

Wir erwarten, dass die Politik frühzeitig und umfassend über Entwicklungen informiert wird und Änderungen nachvollziehbar dargestellt werden.

Meine Damen und Herren,

die finanziellen Herausforderungen werden wir nicht allein durch Einsparungen bewältigen. Wir müssen kreativer werden. Wenn wir auch in Zukunft freiwillige Leistungen erhalten und neue Gestaltungsspielräume schaffen wollen, brauchen wir neue Ansätze.

Wir sehen weiterhin großes Potenzial in unserer Stadtentwicklungsgesellschaft (SEWG). Die SEWG kann und muss noch stärker Motor für die Entwicklung unserer Stadt werden. Wir erneuern unsere Erwartungshaltung, dass die Entwicklung und Neuaufstellung mit Priorität vorangetrieben wird. Nach der Kommunalwahl im letzten Jahr wollten wir mit voller Kraft starten. Hier muss es kurzfristig Entwicklungen geben.

Die SEWG bietet Chancen, Projekte wirtschaftlicher umzusetzen und zusätzliche Handlungsspielräume zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir offen darüber diskutieren, wie wir freiwillige Aufgaben künftig organisieren. Auch neue Organisationsformen, beispielsweise im Kulturbereich, dürfen kein Tabu sein.

Trotz aller Herausforderungen müssen wir sicherstellen, dass das Forum auch nach Ablauf des gültigen Pachtvertrages eine modernisierte und ansprechende Veranstaltunglocation für unsere Stadt und die Wegberg Vereine bleibt.

Um Kultur und andere freiwillige Leistungen dauerhaft zu erhalten, müssen wir bereit sein, neue Wege zu gehen.

Eines müssen wir uns ehrlich eingestehen: Aus dem laufenden Haushalt werden wir auf Jahre hinaus keine nennenswerten zusätzlichen Spielräume für freiwillige Leistungen gewinnen.

Gerade deshalb müssen wir kreativ sein. Stillstand ist keine Option.

Die Unterstützung unserer Vereine und vielen Ehrenamtler muss trotz leerer Kassen immer unser bestreben sein. Das Rathaus soll uns allen ein Ort der Unterstützung und des Ermöglichens sein. Wir äußern als CDU Wegberg die klare Erwartungshaltung, dass nicht Anfragen abgelehnt, sondern Möglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Vereine und Ehrenamtler sind gerade in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Rückgrat unserer Stadt und Gesellschaft. Hier fordern wir Respekt, Anerkennung und Unterstützung.

Meine Damen und Herren, mit Frau Wever als neuer Kämmerin und Herrn Mankowski als neuem Beigeordneten verfügt die Verwaltung künftig über eine personelle Aufstellung, die dem wichtigen Thema Finanzen noch einmal ein deutlich höheres Gewicht verleihen wird.

Wir verbinden damit große Erwartungen und den Glauben daran, dass wir das seit vielen Jahren schwierige Thema Finanzen in unserer Mühlenstadt endlich in den Griff bekommen.

Wir erwarten, dass der neu zusammengestellte Verwaltungsvorstand die notwendigen Veränderungen anstößt und die Voraussetzungen schafft, um die Finanzsteuerung der Stadt Wegberg nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören realistische Haushalts- und Investitionsplanungen, fristgerechte Jahresabschlüsse, transparente und nachvollziehbare Finanzdaten sowie ein konsequentes Abarbeiten der von der Verwaltung selbst gesetzten Fristen.

Es gilt nun, zu liefern. Ab dem Haushalt 2027 erwarten wir sichtbare Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt heute zustimmen. Nicht, weil wir mit dem vorliegenden Zahlenwerk zufrieden sind oder glauben, dass alle Probleme gelöst sind. Sondern weil unsere Stadt Planungssicherheit und einen Blick nach vorne braucht. Unsere Vereine, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt unsere Verwaltung benötigen einen beschlossenen Haushalt, damit wichtige Projekte weitergeführt werden können.

Unsere Zustimmung erfolgt auch vor dem Hintergrund, dass uns der Bürgermeister und die Kämmerin signalisiert haben, dass der Austausch mit dem Kreis Heinsberg und der Kommunalaufsicht, dem Kreis Heinsberg und dem Landrat eng und konstruktiv erfolgt und wir davon ausgehen können, dass ein genehmigungsfähiges Zahlenwerk vorliegt.

Unsere Zustimmung ist ein Vertrauensvorschuss, aber kein Blankoscheck. Sie ist verbunden mit der klaren Erwartung, dass der Haushalt 2027 den Beginn einer neuen Finanzkultur in Wegberg markiert: realistischer, transparenter und verlässlicher.

Die Zukunft unserer Stadt wird nicht von der Größe der Herausforderungen bestimmt, sondern vom Mut, sie offen anzusprechen und konsequent anzugehen.

Ich möchte den anderen Fraktionen für den sachlichen und kritisch-konstruktiven Austausch im vergangenen Jahr danken. Für die Zukunft erwarte ich, dass politische Entscheidungen frei und fair bleiben. Diesen Anspruch setze ich auch für meine eigene Fraktion ein: Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang. Jeder in Unserer Fraktion stimmt nach seiner eigenen Überzeugung ab. Dass wir trotzdem in fast allen Fällen geschlossen aufgetreten sind, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von echtem Austausch und gemeinsamer Überzeugung. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Vielen Dank.



Rede zum Haushalt 2026

Wegberg, den 07. Juli 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie ein Großteil der Kommunen stehen auch wir in Wegberg vor großen finanziellen Herausforderungen und müssen versuchen das drohende Haushalts sicherungskonzept zu verhindern. Denn nur ohne HSK (Haushaltssicherungskonzept) können wir als Stadt das Heft des Handelns behalten und gemeinsam mit Rat sowie Verwaltung den ohnehin immer geringeren Gestaltungsspielraum nutzen.

Wenn man sich die Finanzplanungen der letzten Jahre und nun der mittelfristigen Finanzplanung anschaut, gelingt uns die Abwendung des HSK nicht substanziell, sondern nur dank der Bilanzierungshilfen, die uns der Gesetzgeber in den letzten Jahren ermöglicht hat. Die Vermutung liegt nahe, dass die Landesregierung hiermit lediglich den eigenen Handlungsdruck verringern will. Denn was die Bilanzen vielleicht etwas aufhübscht, ändert nichts an der Tatsache, dass die Kommunen chronisch unterfinanziert sind und eine nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung benötigen.

Bund und Land lassen die Kommunen finanziell ausbluten

Hier müssen wir als kommunale Familie über alle Parteigrenzen hinweg zusammenstehen und bei den Regierenden mit großer Einigkeit die Einhaltung des Konnexitätsprinzips einfordern. Es ist zwar positiv, dass das Bund und Länder sich auf die Konnexität für zukünftige Gesetzesvorhaben geeinigt haben, dass hilft aber nicht die bisherigen Finanzierungslücken bestehender Gesetze insbesondere bei den Sozialleistungen zu decken. Zudem sollen von der Regelung Steuergesetze, wie zum Beispiel die anstehende Einkommenssteuerreform, ausgeklammert werden und somit die Städte zusätzlich belasten. So werden wir die strukturellen Lücken in der Finanzausstattung nicht bekämpfen können.

Die SPD ist auf jeden Fall nicht bereit wegen der Unterfinanzierung von Gesetzesvorgaben von Bund und Land auf die Unterstützung von Vereinen, Sozialarbeit und kulturellen Veranstaltungen in Wegberg zu verzichten. Denn die

Streichung der freiwilligen Leistungen gehen häufig zulasten der Lebensqualität und der sozialen Infrastruktur. Das betrifft gerade vulnerable Gruppen, wie Kinder, Jugendliche, sozial Schwächere sowie die Vereine, die für das Zusammenleben in einer funktionierenden Gesellschaft, gerade in unseren vielen Ortschaften, verantwortlich sind.

Neben der strukturellen Unterfinanzierung sorgt das Land bei der Durchführung und Kommunikation wichtiger Förderprogramme im Rheinischen Revier für viel Unmut und Chaos bei den betroffenen Kommunen. Exemplarisch steht dafür das Förderprogramm „REVIER.GESTALTEN – Energetischer Sanierung kommunaler Gebäude“, in dem den Städten und Gemeinden schier unerschöpfliche Mittel versprochen wurden und am Ende auf lächerliche 400 Mio. Euro eingedampft wurde, sodass uns in Wegberg von den ursprünglich geplanten ca. 19 Mio. Euro nur noch 3.29 Mio. Euro für die Sanierung der denkmalgeschützten Bereiche der Erich-Kästner-Grundschule zugeteilt werden. Zudem steht die Genehmigung notwendiger Fördergelder aus dem OGS-Förderprogramm „Ausbau ganztäglicher Betreuungsangebote für Kinder in der Primarstufe im Rheinischen Revier“ noch aus.

Dies sorgt für viel Unsicherheit und gibt der Verwaltung keine Planungssicherheit, was die Aufstellung der zukünftigen Haushaltsentwürfe nicht vereinfachen dürfte.

Haushaltsentwurf 2026

Wir entscheiden heute über den Haushaltsentwurf 2026, der nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht lediglich eine Restlaufzeit von knapp fünf Monaten haben wird. Damit dürfte klar sein, dass die Zahlen aus diesem Haushaltplan, noch mehr als in den letzten Jahren Usus, wenig mit dem endgültigen Jahresabschluss 2026 gemein haben werden.

Auch wenn der Eigenkapitalverzehr vielleicht etwas geringer ausfallen wird, da viele investive und konsumtive Ausgaben im Jahr 2026 nicht mehr realisiert werden können, bedeutet dies jedoch gleichzeitig, dass notwendige Instandhaltungsmaßnahmen weiter in die Zukunft geschoben werden müssen. Dazu kommt, dass geplante Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, wegen der PFAS-Problematik entfallen. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Situation ist es außerdem unsicher, ob die Gewerbesteuererinnahmen auf dem Niveau der Vorjahre bleiben werden. Diese vielen Unwägbarkeiten sowie die kurze Restlaufzeit des Haushaltsplans 2026 haben uns als SPD-Fraktion veranlasst, sich nicht intensiver mit dem Haushaltsentwurf 2026 auseinanderzusetzen, sondern unsere ganze Konzentration auf den Haushaltsentwurf 2027 zu legen.

Dennoch möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedanken, die zur Erstellung des Haushaltsentwurf 2026 beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an den stellvertretenden Kämmerer sowie stellvertretenden Fachbereichsleiter der Finanzwirtschaft Martin Giesche, der in der Umbruchphase des Finanzbereiches mit viel persönlichem Engagement zur Stelle war und sowohl den Jahresabschluss 2024 als auch den Haushaltsentwurf 2026 auf den Weg gebracht hat.

Der Haushaltsentwurf 2027 wird der erste Haushalt sein, den unsere neuen Kämmerin Frau Katharina Wever von Anfang bis Ende begleiten und gestalten wird. Frau Wever konnte uns im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 eindrucksvoll aufzeigen, dass wir ein HSK nur verhindern können, wenn wir uns in den nächsten Jahren einen harten

Sparkurs auferlegen. Dies verlangt von der Politik auf unnötige Investitionen zu verzichten und sich auf das wesentliche zu konzentrieren.

Gleichzeitig bestärkte sie die Meinung ihrer Vorgänger*innen in der Kämmerei, dass sie bei der Aufstellung des Haushaltentwurfes auf eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung angewiesen ist. Wir appellieren daher an alle Fachbereiche der Verwaltung, den Prozess der Haushaltsaufstellung aktiv zu unterstützen und somit die von der Kämmerin geplanten Zeitschiene einhalten zu können.

Die SPD Wegberg bedankt sich beim Verwaltungsvorstand und Bürgermeister Christian Pape sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und des Bauhofes für die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an die Erste Beigeordnete Christine Karneth, die heute ihre letzte Ratssitzung hat.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg stimmt dem Haushaltsentwurf 2026 zu.



Mark Bonitz

Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede zum Haushalt 2026

Rat der Stadt Wegberg · Sitzung am 07 Juli 2026 · DIE GRÜNEN · Alexander Schneider

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Zahlen lügen nicht. Und die Zahlen dieses Haushalts sind ein erneuter Weckruf. Für 2026 planen wir ein Defizit von **8,8 Millionen Euro**. Unsere Ausgleichsrücklage – das Polster für schlechte Zeiten – ist zum Jahresende **vollständig aufgebraucht**. Und wir greifen **erstmal wieder** in die allgemeine Rücklage: **6,4 Millionen Euro**, ein Minus von über 13 Prozent – in einem einzigen Jahr.

Machen wir uns nichts vor: Das ist nicht mehr das Anzapfen von Reserven, das ist das Aufzehren unserer Substanz. Wir geben Geld aus, das wir nicht haben, für Aufgaben, die wir uns selber nicht auferlegt haben – und die Rechnung dafür schreiben wir unseren Kindern. Bleibt der Kurs so bestehen, schmilzt unser Vermögen bis 2029 von 47 auf rund 30 Millionen Euro. Bei Bürgerinnen und Bürgern, die bereits eine Grundsteuererhöhung auf 704 Punkte tragen, ist die Haltung eindeutig: An der Einnahmeschraube ist die Grenze erstmal erreicht.

Wie schnell aus Planung ein Risiko wird, zeigt die Erich-Kästner-Grundschule. Ihre Sanierung brauchte ein Investitionsvolumen von rund 30 Millionen Euro über die kommenden Jahre. Hier haben wir zu 95 Prozent mit Fördermitteln kalkuliert. Diese **Förderung ist geplatzt**. Über Nacht wird aus einem kalkulierbaren Vorhaben ein Millionenrisiko auf unseren eigenen Büchern – und ein dringend nötiges Schulprojekt steht auf der Kippe. Die Lehre ist bitter, aber klar: Auf Land und Bund können wir bei unserem Haushalt nicht bauen.

Wenn wir uns also auf Zuschüsse von außen nicht verlassen können, müssen wir die Kosten in den Griff bekommen, die wir noch selbst steuern. Und da haben wir zwei Hebel.

Erstens die Energie. Diese Vorlage kreuzt bei der Klimarelevanz „**Nein**“ an – bei einem Haushalt von 93 Millionen Euro. Meiner Meinung nach ein Denkfehler, denn Klimaschutz ist Finanzvorsorge: Jede Photovoltaikanlage auf

unseren Dächern, jedes Akkugerät statt Benzinmotor am Bauhof, jede eingesparte Kilowattstunde schützt zweierlei – das Klima und die Kasse dieser Stadt.

Der zweite Hebel sind unsere eigenen Abläufe. Jeder Euro, den wir in schlankere Prozesse und die Digitalisierung der Verwaltung investieren, kommt mehrfach zurück – in gesparter Arbeitszeit, in weniger Papier, in schnelleren Entscheidungen, Jahr für Jahr. **Digitalisierung ist kein Kostenposten, Digitalisierung ist ein Sparprogramm.** Wer hier heute Geld zurückhält, zahlt morgen doppelt.

Deshalb ist unsere Erwartung an die kommenden Haushalte:

- Wir bewerten die Klimawirkung jeder Investition ehrlich.
- Und wir richten jeden Euro darauf aus, künftige Kosten zu senken – bei der Energie und in der Verwaltung.

Finanzielle und ökologische Verantwortung sind am Ende dasselbe: nicht auf Kosten derer zu leben, die nach uns kommen.

Nichtsdestotrotz werden wir uns aber deshalb diesem Haushalt anschließen, da wir Vertrauen in die neue Verwaltungsspitze haben und glauben, dass diese Aufgaben verstanden wurden und in den nächsten Haushalten werden.

Vielen Dank.

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2026 - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung.

die Fraktion der Freien Wähler Wegberg bedankt sich für die Erstellung des
Haushaltsplans 2026.

Hier geht der Dank vor allem unserer neuen Kämmerin Frau Wever, ihrem Team mit Herrn
Giesche und allen anderen, die hier mitgearbeitet haben.

Wo stehen wir Mitte 2026 und wie sind die Aussichten?

Geplant wir mit Erträgen von 82,27 Mio.€ und Aufwendungen von 91,42 Mio.€, somit ein
Defizit von 9,15 Mio €.

Oder anders ausgedrückt, wir geben über 11% mehr aus als wir einnehmen.

Frau Wever versteht ihr Handwerk, mit zulässigen Mitteln wie dem globalen
Minderaufwand sehen die Zahlen etwas erträglicher aus.

Wir sind froh, dass Sie als kompetente Finanzexpertin an der Spitze der Finanzwirtschaft
stehen.

Wir haben großes Vertrauen, dass das Finanz- und Personalcontrolling jetzt professionell eingeführt und gelebt wird, um unsere Stadt in die richtige Richtung lenken zu können.

Effizienzsteigerung, mit den vorhandenen Ressourcen das richtige Tun, muss im Mittelpunkt stehen.

Die mittelfristige Finanzplanung sieht leider nicht besser aus. Das Eigenkapital schrumpft von 2025 bis 2029 von 49 Mio. € auf 30 Mio.€.

Somit werden 5% Verringerung des Eigenkapitals absolut immer geringer und selbst ein Haushaltssicherungskonzept sehr schwer erreichbar.

Frau Weber nutzt clever das Mittel des Verlustvortrages. Nur so kann ein HSK überhaupt vermieden werden.

Der Haushaltsplanentwurf ist für uns Freie Wähler Wegberg ein Abbild der Lage in Deutschland, knappe Kassen, viele Unwägsamkeiten, nur mit dem Unterschied, in Berlin werden viele Schulden gemacht und als Sondervermögen verkauft.

Eine Kommune wie Wegberg kann das nicht.

Wir wollen den Kopf nicht in den Sand stecken und optimistisch nach vorne schauen.

Wegberg hat mit Christian Pape einen unabhängigen Bürgermeister mit dem wir ohne Parteibrille Wegberg weiter gestalten wollen.

Zurück zum Haushalt -

Der Posten Personalaufwendungen wird von uns stets eng beäugt.

Diese steigen nun maximal in Höhe der Tarifsteigerungen. Das ist der richtige Weg. Der Umbau der Verwaltung muss hier weitergehen.

Standardprozesse müssen automatisiert werden, damit die Mitarbeiter der Stadtverwaltung für unsere Bürger bei beratungsintensiven Aufgaben mehr Zeit haben.

Ein weiterer großer Posten sind die Kreis- und Jugendamtsumlage.

Diese darf nicht mehr in diesem Maß steigen. Wir erkennen keinerlei Einsparwillen, es fehlen die passenden Konzepte.

Das Einvernehmen beim Kreishaushalt sollte in Zukunft an vorweisbaren Einsparungen gemessen werden.

Auch wir in Wegberg müssen alle Ausgaben stets hinterfragen.

Ist es notwendig? Gibt es Alternativen?

Oder mal umdenken und einen ganz anderen Weg beschreiten.

Eine Steigerung der vorhandenen Erträge wird schwierig.

Die Gewerbesteuer sollte konstant bleiben, um Wegberg wettbewerbsfähig zu halten.

Mit der Grundsteuererhöhung B haben wir den Bürgern bereits viel zugemutet.

In 2024 haben wir die Einführung der Grundsteuer C beantragt.

Diese wurde in die Zukunft vertagt.

Die Zauderer waren am Werk, zuerst kam der Hinweis auf rechtliche Risiken.

Hier kommt heute ganz klar unsere erneute Forderung!

Wir müssen die Grundsteuer C aufgrund der finanziellen Lage umsetzen.

Mit der Grundsteuer C belasten wir nur Bürger, die baureife Grundstücke vorhalten und als Anlage betrachten.

Mit der Grundsteuer C entlasten wir alle Zahler der Grundsteuer B.

Eine weitere Erhöhung wird obsolet.

Selbst unser Nachbar Wassenberg hat dies jetzt einstimmig beschlossen.

Brüggen und Schwalmthal haben es umgesetzt.

Wir sehen, es ist möglich! Bedenkenträger beiseite und ran ans Umsetzen!

Mit dem neuen Beigeordneten Herrn Mankowski haben wir diesbezüglich einen Experten zu diesem Thema.

In Brüggen konnte er die Grundsteuer C erfolgreich umsetzen.

Ein weiterer Vorteil ist ein Verringern der Baulücken im Stadtgebiet, gerade im Hinblick auf die Thematik PFAS und der Stagnation bei den Neubaugebieten könnte es einen neuen Impuls der Bauwirtschaft geben.

Und wir brauchen neuen Wohnraum, selbst in Wegberg eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist sehr schwierig

Denn eins steht fest, wir brauchen Neubürger, die Grund- und Einkommenssteuer zahlen, deren Kinder die Kindergärten und Schulen besuchen und ein Mehrwert für unsere Stadt sind.

.Es geht um unsere Zukunft, Wegberg ist jetzt schon die „älteste“ Stadt im Kreis HS.

Wir bleiben von übergeordneten Entscheidungsträgern abhängig, Kreis, Land, LVR, Bund.

Das aktuelle Beispiel des Förderprogramms Energetische Sanierung kommunaler Gebäude zeigt, wie kommunale Ressourcen verschwendet werden, indem man hohe Fördersummen auslobt und dann zusammenstreicht.

An der Spitze mit Frau Neudek wurde viel angeschoben, um enge Zeitkorridore einhalten zu können.

Vielen Dank für die vorbildliche Arbeit durch Sie und Ihr Team!

Das Ergebnis ist aber deprimierend:

Von 30 Mio. für die Erich Kästner Grundschule bleiben 3,3 Mio. € übrig, die wir in die Turhalle der Hauptschule investieren.

Das Großprojekt bleibt auf der Strecke und wir fangen von vorne an.

Die Landesregierung macht hier einen schlechten Job und das Verteilen von Fördergeldern durch Landtagsabgeordnete zu Wahlkampfzwecken macht es nicht besser.

Die Enttäuschung ist groß!

Aber wir schauen nach vorne, mit dem Einstellen der Fördermittelmanagerin hat Christian Pape den richtigen Impuls gesetzt.

Wir müssen weiter auf der Suche sein nach passenden Förderungen, aus Eigenmitteln wird es leider immer schwieriger Großprojekte umzusetzen.

Fraktion Freie Wähler Wegberg
Siemensweg 19
41844 Wegberg



Fraktion Freie Wähler Wegberg
im Rat der Stadt Wegberg

Das Mittel des Outsourcen von Aufgaben an die SEWG muss Fahrt aufnehmen.

Hier muss sich der Stadtrat hinterfragen, wie wir hier Tempo aufnehmen können.

Wir sind weiterhin überzeugt, dass mit Christian Pape und seiner kommenden direkten Stellvertreterin Frau Neudek ab September viele Weichen richtig gestellt werden.

Ein Dank geht an Frau Karneth für die geleistete Arbeit über viele Jahre.

Alles Gute für den wohlverdienten Ruhestand.

Nur gemeinsam werden wir auch die anstehenden Aufgaben meistern.

Die Freien Wähler Wegberg wollen sich weiter konstruktiv einbringen.

Wir stimmen dem Haushaltsplan zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 05.07.2026

Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Frau Wever und lieber Herr Giesche,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

während und nach großen Turnieren wie einer Fußball-WM wird selten über einzelne Spiele diskutiert - sondern das Ergebnis zählt. Und wenn eine Mannschaft wie unsere Nationalmannschaft früh ausscheidet, obwohl die Erwartungen höher waren, stellt sich nicht die Frage nach einzelnen Szenen, wie ein nicht anerkanntes Tor, sondern es stellt sich die Frage nach der grundsätzlichen Spielanlage und der neuen Erkenntnis „Wir können keine Elfer mehr!“

Eine zweite Erkenntnis gehört immer dazu: Während einer laufenden WM kann weder die Mannschaft noch die Führung ausgetauscht werden. Man muss mit der bestehenden Struktur arbeiten – ob sie funktioniert oder nicht. Glücklicherweise heißt unser Bürgermeister nicht Nagelsmann.

Die Struktur unserer Stadt nach der Kommunalwahl 2025 ist fix: ein neu zusammengesetzter Rat mit mehr Fraktionen als zuvor, einem fraktionslosen Ratsmitglied, eine Verwaltungsspitze im Umbruch und ein Bürgermeister, der sich in seiner allerersten Amtszeit befindet.

Das sind die gegebenen Rahmenbedingungen, diese lassen sich nicht mehr zurückdrehen. Entscheidend ist nicht, ob sie optimal sind, sondern ob wir es schaffen, daraus eine stabile und handlungsfähige Zusammenarbeit zu entwickeln.

Der vorliegende Haushalt gibt darauf aus unserer Sicht keine überzeugende Antwort.

Denn der vorliegende Entwurf ist im Kern ein Fortschreiben bestehender Strukturen. Er enthält keine erkennbaren strukturellen Prioritätenverschiebungen, keine belastbare Konsolidierungsstrategie und keinen nachvollziehbaren Kurswechsel in der Aufgabenkritik. Und der Wegberger Mühlstein „Investitionsstau“ wird wieder mal fortgeschrieben, unsere finanzielle Situation wird noch schlechter.

Das ist für uns vor dem Hintergrund der finanziellen Lage nicht ausreichend. Und genau hier an dieser Stelle ziehen wir als Fraktion AKTIV für Wegberg die Gelbe Karte und nutzen auch das Bild der Gelben Karte.

Eine Gelbe Karte ist kein symbolischer Hinweis, sondern eine eindeutige Regelverletzungsanzeige im Spiel: Unser Handlungsspielraum ist bereits eingeschränkt, die nächste Fehlentscheidung hat unmittelbare Konsequenzen.

Mit diesem Haushalt vermeiden wir die Haushaltssicherung. Das ist richtig und anerkennenswert. Aber es ist ein Mindeststandard und nicht der Maßstab für Zukunftsfähigkeit.

Wer unsere Haushaltslage ernst nimmt, darf sich nicht mehr mit der Vermeidung des Absturzes zufriedengeben. Er muss Prioritäten neu setzen und Strukturen hinterfragen. Genau daran fehlt es im vorliegenden Entwurf.

Wir sehen weiter ein hohes Volumen von Personalkosten, ohne das erkennbar ist, welche Aufgaben künftig tatsächlich wegfallen oder effizienter organisiert werden sollen. Gleichzeitig bleibt der Umfang externer Dienstleistungen hoch, ohne das klar definiert wird, wo externe Leistungen ergänzen und wo sie dauerhaft strukturelle Defizite überdecken.

Da fehlt uns ein transparentes und nachvollziehbares Steuerungskonzept.

Auch in der Verwaltungsorganisation sehen wir erhebliche Belastungen an der Spitze. Der hohe persönliche Einsatz der Verwaltungsspitze ist unbestritten. Aber er ersetzt keine strukturelle Aufgabenverteilung. Eine dauerhafte Konzentration operativer, repräsentativer und strategischer Aufgaben auf wenige Personen ist kein Zukunftsmodell.

Gerade in einer Phase neuer politischer Zusammensetzung des Rates wäre eine klare Neujustierung der Steuerung erforderlich gewesen. Diese ist im Haushaltsentwurf nicht erkennbar.

Deshalb bleibt dieser Haushalt hinter dem zurück, was angesichts der finanziellen Ausgangslage notwendig wäre. Natürlich sehen wir auch die Belastungen die wir als Kommune durch Bund und Land zu tragen haben. Das trifft aber alle Kommunen und nicht nur Wegberg. Liebe Kollegen Fraktionsvorsitzende, wer mit dem Finger auf andere zeigt, sollte sich immer bewusst sein, dass er auch gleichzeitig mit drei Fingern auf sich selbst zeigt.

Wir müssen willig sein, den Handlungsspielraum zu nutzen, den wir beeinflussen und verändern können.

Unsere Entscheidung fällt daher nicht gegen die Stabilität dieses Haushalts, sondern gegen seine mangelnde strategische Weiterentwicklung. Wir erkennen an,

dass die Rückkehr zur Haushaltssicherung vermieden wurde. Das ist ein wichtiges Ergebnis und keine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig fehlt für uns jedoch der erkennbare Wille, aus dieser Stabilisierung eine echten Konsolidierungsweg zu entwickeln.

Eine Gelbe Karte verhindert kein schlechtes Spiel. Sie macht deutlich, dass es so nicht weitergehen darf. Denn ein weiterer Regelverstoß führt in der Regel zu einer Roten Karte und das ist das AUS.

Ob nach unserer Gelben Karte ein Umdenken oder eine kritische Reflektion folgt, entscheidet sich nicht in der heutigen zu erwartenden Haushaltsverabschiedung. Wir werden kritisch begleiten, ob sich in naher Zukunft politische und organisatorische Konsequenzen anlässlich der Haushaltslage ergeben.

Aus Respekt vor der geleisteten Arbeit und dem Umbruch in der Verwaltungsspitze werden wir diesen Haushalt nicht ablehnen.

Aus Verantwortung für die Zukunft unsere Stadt können wir ihn aber nicht zustimmen.

Wir werden uns enthalten. Damit ist allerdings unser Vorrat an Gelben Karten erstmal erschöpft!

Persönlicher Dank an Frau Karneth!

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Nicole von den Driesch

Es gilt das gesprochene Wort!!!

FDP Stadtratsfraktion Wegberg

Ulrich Welfers
Fraktionsvorsitzender
Bahnhofstraße 30-32
41844 Wegberg
Mobil: +49 (0) 152-22725106
fraktion@fdp-wegberg.de

Wegberg, 22. April 2026

Haushaltsrede 2026 FDP Wegberg

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pape,
sehr geehrte Frau Wever,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erneut steht die Stadt Wegberg vor einer hochdefizitären Haushaltsplanung – in diesem Jahr mit einem Minus von 8,84 Millionen Euro.
Unsere Rücklagen schmelzen weiter dahin.

Gleichzeitig steigen die Belastungen, die Bund und Land den Kommunen auferlegen, ungebremst – ohne ausreichende Kompensation und ohne echte Abwehrmöglichkeiten vor Ort.
Parallel erleben wir ein Höchstmaß an Unzuverlässigkeit seitens der Landespolitik.
Das Beispiel des Förderprogramms Rheinisches Revier rund um die Erich-Kästner-Grundschule hat uns das schmerzlich vor Augen geführt.

Die Kommunen stehen im Regen –
und Düsseldorf schaut durch das Fenster dabei zu, wie das Wasser weiter steigt.

Hinzu kommt eine Kreisumlage, die in diesem Jahr um 11,10 % steigt.
Auch wenn der Kreis nach eigenen Entlastungsmöglichkeiten sucht, bleibt für uns die Realität:
Wir geraten weiter und schneller ins Minus.

Unsere Bremsfallschirme sind kaum vorhanden. Kürzlich wurde zwar die neue Regelung „Wer bestellt, bezahlt“ vorgestellt, die auch durchaus zu begrüßen ist. Leider gilt dies nur für künftig eingeführte Kostenpunkte und hilft somit bei den bestehenden Belastungen nicht. Es klingt ein wenig als würde die Feuerwehr jegliche Ausbreitung des Brandes bekämpfen, das bei Eintreffen lodernde Feuer aber nicht!

Nach intensiven Diskussionen haben wir in diesem Jahr die Grundsteuer B deutlich erhöht, um die Schlüsselzuweisungen in Anlehnung an die fiktiven Hebesätze bestmöglich auszuschöpfen. Doch auch hier zeigt sich: Die Mehreinnahmen helfen uns nicht in dem Maße, wie es erforderlich wäre und die Maßnahme war alternativlos, um Zuweisungen vom Land in höherem Maße zu erhalten.

Die Steuererhöhung war ein notwendiges Übel – kein Schlüssel zur Lösung.

Gleichzeitig ist klar:

Unsere Einnahmepotenziale sind begrenzt.

Eine dauerhafte zusätzliche Belastung von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ist nur begrenzt zumutbar.

Deshalb gilt:

Die Konsolidierung unseres Haushalts wird nicht über zusätzliche Einnahmen gelingen.

Sie erfordert vor allem eine konsequente Priorisierung der Ausgaben.

An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich den jetzt erkennbar konsequenten Kurs unserer neuen Kämmerin, Frau Wever, begrüßen.

Mit einem Augenzwinkern könnte man sagen:

„There is a new Sheriff in town.“

Auch wenn der heutige Haushaltsentwurf noch nicht unter Ihrer vollständigen Federführung entstanden ist, war bereits in den Vorbesprechungen eine klare, kritische und sehr stringente Ausgabenbetrachtung erkennbar. „Wenn ich an einer Stelle mehr ausbebe, an welcher Stelle spare ich das dann ein?“ War eine auf den Punkt treffende Frage von Frau Wever in einigen der bisherigen Sitzungen.

Der Vorbericht formuliert es treffend:

Künftig muss stärker zwischen dem Notwendigen und dem Wünschenswerten unterschieden werden.

Freiwillige Leistungen sind auf ein Minimum zu begrenzen.

Wir müssen uns ehrlich machen:

Nicht alles, was sinnvoll erscheint, ist auch finanzierbar.

Und nicht alles, was politisch Zustimmung findet, ist tatsächlich umsetzbar.

Es kann auf Dauer nicht funktionieren, einerseits Steuererhöhungen zu beschließen und andererseits notwendige Entscheidungen aus Rücksicht zu vermeiden.

Beispielsweise dann, wenn wir kurz nach einer Steuererhöhung den Verkauf eines Spielplatzgeländes wieder infrage stellen, weil dies von Parteien im Wahlkampf versprochen wurde.

Das wirkt wie:

„Wasch mich, aber mach mich nicht nass.“

Auch wir sind Bürger, auch wir haben Familien und Kinder.

Aber die kommenden Finanzplanungen werden uns allen wehtun – ob wir wollen oder nicht. Und wir sollten sehr selektiv mit zukünftigen Versprechen umgehen!

Deshalb erwarten wir von uns allen hier im Rat eine konsequente Haushalts- und Ausgabendisziplin.

Ein zentraler Schwerpunkt dieses Haushalts liegt auf Investitionen in unsere Schulen, insbesondere in die offene Ganztagsbetreuung.

Hierfür sind Maßnahmen im Umfang von rund 9,8 Millionen Euro vorgesehen.

Das ist richtig und notwendig –
aber es zeigt auch den enormen finanziellen Druck, unter dem wir stehen.

Denn jede Investition verursacht nicht nur einmalige Kosten, sondern auch langfristige Folgekosten: Abschreibungen, Betrieb, Unterhaltung.

Allein die Abschreibungen belaufen sich im Jahr 2026 auf über 8,2 Millionen Euro.

Hinzu kommt eine steigende Zinslast: Für 2026 sind 1,57 Millionen Euro eingeplant – mit weiter steigender Tendenz.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsausgleich gelingt auch 2026 nur durch die Inanspruchnahme von Rücklagen und durch gesetzlich ermöglichte Verlustvorträge.

Das bedeutet:

Wir leben weiterhin von unserer Substanz.

Unser Eigenkapital sinkt –
und damit auch unsere finanzielle Handlungsfähigkeit.

Deshalb müssen wir handeln – konsequent und nachhaltig.

Die im Vorbericht angesprochene Aufgabenkritik darf kein einmaliger Hinweis bleiben.
Sie muss zur dauerhaften Leitlinie unseres Handelns werden.

Für die Verwaltung –
und genauso für uns als Rat.

Jeder Antrag, jede Maßnahme und jede zusätzliche Ausgabe muss sich künftig an drei Fragen messen lassen:

Ist sie notwendig?

Ist sie finanzierbar?

Und ist sie umsetzbar?

Der vorliegende Haushaltsentwurf macht die Probleme deutlich sichtbar.
Gleichzeitig enthält er erste Ansätze für eine realistischere und verantwortungsvollere Haushaltsführung.

Die FDP-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen –
aber mit der klaren Erwartung, dass die Strategie eines ernsthaften Sparwillens von allen Beteiligten konsequent umgesetzt wird.

Zum Abschluss danken wir dem Fachbereich Finanzen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Frau Karneth, auch von uns vielen Dank für Ihren Einsatz für unsere Stadt. Alles Gute für Ihren Ruhestand und vor allem eine stabile Gesundheit!

Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen –
für einen soliden Haushalt
und für die Zukunft unserer Stadt Wegberg.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Welfers', with a stylized flourish at the end.

Ulrich Welfers
Fraktionsvorsitzender